

Luxemburg-Leaks Geheime Dokumente zeigen, wie

Ein Aktenberg aus 28 000 Seiten ermöglicht einen bisher einmaligen Blick auf die Steuerroase Luxemburg: Die Behörden sind wohlwollend, und eine ganze Heerschar findiger Berater steht bereit, die Abgabenlast für Konzerne mithilfe umstrittener Steuerkonstruktionen kleinzurechnen – nicht selten auf weniger als ein Prozent. Ändern müsste das ausgerechnet der Mann, der dieses System jahrzehntelang verantwortete: EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker



Ärger im Märchenland

Vertrauliche Papiere belegen, wie willig das Großherzogtum Konzernen half, Steuern in Milliardenhöhe zu umgehen

VON BASTIAN BRINKMANN, CHRISTOPH GIESEN, FREDERIK OBERMAIER, BASTIAN OBERMAYER UND KLAUS OTT

Der Mann mit dem Spitznamen „Mr. Ruling“ ist jemand, den man kennt im Großherzogtum, in der Politik genauso wie in der Beraterbranche. Unter seinem echten Namen Marius Kohl war der 61-Jährige bis zu seiner Pensionierung im vergangenen Jahr Leiter der Steuerabteilung „Sociétés 6“. Auf seinem Schreibtisch landeten die Fälle der großen multinationalen Firmen, die geheime Abmachungen mit Luxemburg erbat – sogenannte tax rulings, daher der Spitzname. Mit diesen individuellen „rulings“ genehmigte Luxemburg den globalen Konzernen zum Teil absurde Steuervermeidungskonstruktionen mit Steuersätzen von bisweilen weniger als einem Prozent.

Marius Kohl hatte ein großes Eckbüro in einem vierstöckigen, rostfarbenen Gebäude in Bahnhofsnähe. Unter seinem Fenster eine Kreuzung zweier schmaler Einbahnstraßen, durch die sich allerlei Lieferverkehr zwängt, und so riecht es auch. Hier empfing er die Steuerexperten der Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC), das belegen Hunderte geheime Steuerdokumente, die dem International Consortium of Investigative Journalists (ICIJ) übergeben wurden. Die Berater von PwC stellten Marius Kohl im Namen ihrer Kunden – darunter Konzernen wie Ikea, Pepsi, Eon oder Deutsche Bank – die Pläne der Firmen vor, in der Hoffnung, auf offene Ohren zu stoßen. Kaum einer wurde enttäuscht, nach spätestens ein bis zwei persönlichen Treffen wurde ein schriftlicher Antrag eingereicht, den Marius Kohl oft noch am selben Tag positiv beschied. Es mögen Tausende Anträge gewesen sein, die Marius Kohl in den 22 Jahren seiner Amtszeit bearbeitet hat, und an manchen Tagen genehmigte Kohl die Anträge fast seriell, bis zu 54 an einem Tag.

In dem Kleinstaat werden drei Billionen Euro Vermögen verwaltet

Der Steuerschaden, den allein diese „rulings“ in den europäischen Nachbarstaaten angerichtet haben, ist gigantisch. Das durch die Dokumente der Luxemburg-Leaks erstmals zu besichtigende Ausmaß der Kooperation – oder soll man sagen: Kumpanei? – zwischen den Luxemburger Behörden, verkörpert durch Marius Kohl, und den globalen Großkonzernen ist erstaunlich. Die Enthüllung der geheimen Steuerdeals kommt vor allem für einen Mann zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt: Jean-Claude Juncker. Der Mann, der als Co-Architekt des Luxemburger Systems gelten kann, ist gerade in seiner ersten Woche als EU-Kommissionschef. Und er hat sowieso schon eine lästige Ermittlung der EU gegen Luxemburg am Hals, bei der geprüft wird, ob die steuerliche Behandlung von Amazon und einer Fiat-Tochter unter unerlaubte staatliche Beihilfe fällt. Lästig auch deshalb, weil die Ermittler öffentlich machten, dass Luxemburg sich lange weigerte, der EU die zur Klärung notwendigen Dokumente herauszugeben. Juncker kann sich aus seiner Verantwortung kaum wegdrücken: Zwanzig Jahre lang war er nicht nur Premier, sondern auch Finanzminister seines Landes. In sei-

ner Zeit stieg das kleine Luxemburg zur internationalen Finanzgroßmacht auf: Noch 1980 war der Finanzsektor kaum existent, heute ist Luxemburg nach den USA das weltweit größte Investment-Zentrum, dort werden rund drei Billionen Euro an Vermögen verwaltet. Das ist zurückzuführen auf die äußerst günstige Steuergesetzgebung, also auf die Institutionen, als deren verlängerter Arm Marius Kohl agierte.

Wie das genau ablief, zeigen nun die ehemals streng geheimen Steuerdokumente des Leaks. Die beinahe 28 000 Seiten der vertraulichen Unterlagen wurden in einer sechsmonatigen Recherche von einem internationalen Team von mehr als 80 Journalisten aus 26 Ländern gesichtet – koordiniert vom International Consortium of Investigative Journalists. In Deutschland arbeiteten Süddeutsche Zeitung, NDR und WDR an den Daten, weltweit Partner wie der britische Guardian, Le Monde aus Frankreich, Politiken aus Dänemark, CNBC aus den USA oder CBC aus Kanada.

Pepsi, Eon, Deutsche Bank – Dutzende Weltkonzerne nutzen das System

Das ICIJ wird am Donnerstag auf www.icij.org fast 550 der geleakten Steuerdokumente aus den Jahren 2002 bis 2010 veröffentlichen. Und während das Luxemburger Steuergeheimnis bislang die Trickserien der Großkonzerne schützte, kann die Öffentlichkeit nun erstmals nachvollziehen, wie sich die Konzerne aus der Verantwortung stehlen: Sie gründeten Niederlassungen im Großherzogtum, obwohl sie ihre eigentlichen Geschäfte in anderen Ländern machen, und verschieben dann ihre Gewinne – zum Beispiel getarnt als Zinsen – nach Luxemburg. Dort aber werden auf die verschobenen Gelder kaum Steuern erhoben. „Eine Luxemburg-Struktur ist ein Weg, Einkommen der Steuer zu entziehen, egal woher es kommt“, sagt Stephen E. Shay, Professor für Internationale Steuern an der amerikanischen Universität Harvard und zuvor Steuerexperte im US-Wirtschaftsministerium: „Luxemburg ist wie ein magisches Märchenland.“

Das Leak wird das Land weiter in Bedrängnis bringen. Selbst hochrangige deutsche Politiker, die seit Jahren mit dem Gründungsmitglied der EU mehr Geduld zeigen als etwa mit der Schweiz, ringen inzwischen um Fassung. Wo die Luxemburger ihr Geschäftsprinzip Steuerkonkurrenz nennen, sprechen immer mehr EU-Politiker von kaum noch tolerierbarer Loyalität. Klar: De facto profitiert das jedenfalls davon, die Steuerpolitik seiner Nachbarländer zu torpedieren, und schafft damit Umsätze im Luxemburger Finanzsektor.

Und wen sie alles ins Land gelockt haben! In den Unterlagen des Leaks finden sich neben den eingangs erwähnten Konzernen noch Dutzende weitere große internationale Akteure, die meisten von ihnen aus den USA: der Ketchup-Pionier Heinz, der Apple-Ableger iTunes, der Konsumgüterrieser Procter & Gamble und der Tabakhersteller British American Tobacco. Ebenso die britische Modemarke Burberry oder die Besitzerfamilie des weltgrößten Bierkonzerns Stella Artois aus Belgien. Branchengrenzen sind nicht erkennbar, egal ob Investmentgesellschaften, Industrieunternehmen oder Pharmafirmen, das Thema Steuern vereint sie alle auf Luxemburg.

Die Dokumente zeigen auch, dass nicht nur private Investoren die Umgebung zu

nutzen wissen: Auch eine staatliche Pensionskasse Kanadas und der nationale Pensionsfonds Südkoreas gründeten Firmen im Großherzogtum, um ihre Immobiliengeschäfte steuerlich zu optimieren. Ebenso der damals staatlich kontrollierte US-Versicherungskonzern AIG. Alle drei investierten in deutsche Immobilien.

Die Steuerdokumente einzelner Firmen – etwa des britischen Pharmariesen GlaxoSmith-Kline – waren bereits Gegenstand von Veröffentlichungen des französischen Fernsehjournalisten Édouard Perrin. Die Mehrheit der Papiere aber wird durch Luxemburg-Leaks erstmals öffentlich.

Der Dokumentenschatz besteht zu meist aus sogenannten Advance Tax Agreements von fast 350 Unternehmen, angefertigt von den Beratern von PricewaterhouseCoopers. Damit wird im Voraus die Bestätigung für eine bestimmte steuerliche Behandlung eingeholt. Bei 86 Dokumenten ist ein Bezug zu Deutschland feststellbar. So findet man Luxemburger Firmen, die mit der Deutschen Bank verbunden sind. Die Unterlagen belegen, wie der Finanzkonzern jahrelang komplizierte Konstruktionen aufsetzte, mit deren Hilfe bei Immobiliengeschäften in halb Europa in Höhe von vielen Hundert Millionen Dollar Steuern weitgehend vermieden wurden. Zum anderen agierte die Deutsche Bank auch als Dienstleister und half etwa einem finnischen Unternehmen, Gewinne aus Geschäften in Russland nach Luxemburg umzuleiten. Dort wurden die Profite den Dokumenten zufolge kaum besteuert.

Der deutsche Energieversorger Eon leitete Milliardenbeträge von Luxemburg aus an andere Tochterunternehmen weltweit, meist als konzerninterne Darlehen. Im Gegenzug wurden Profite aus diesen Ländern als Zinsen abgeschöpft – und so offenbar die Gewinne und damit auch die Steuerlast in diesen Ländern reduziert. In Luxemburg wiederum wurden weder auf die Zinsgewinne in oft dreistelliger Millionenhöhe noch auf die Werte in Milliardenhöhe nennenswerte Steuern bezahlt.

Ähnlich operierte ein weiterer Dax-Vertreter: Fresenius Medical Care, deutscher Gesundheitskonzern mit Milliardenumsätzen. Auch Fresenius vermied durch interne Darlehen in dreistelliger Millionenhöhe, die über diverse Luxemburger Finanzierungsgesellschaften liefen, seit Jahren Steuern. Ein Sprecher von Fresenius bestätigte dies und erklärte, es sei unerlässlich, Firmenstrukturen „steuerlich möglichst optimal“ zu wählen. Sprecher von Eon und Deutscher Bank betonen, beide Konzerne hätten nicht gegen Gesetze verstoßen.

All die Konstruktionen lassen sich sehr genau beschreiben, da die Berater von PwC der Luxemburger Steuerbehörde detailliert darlegen, was der jeweilige Konzern plant. Und: weshalb am Ende kaum oder keine Steuern anfallen auf Einkommen aus Lizenzgebühren, Dividenden, Zinsen oder Kapitalerträge. Das US-amerikanische Kurierunternehmen FedEx etwa musste nach Luxemburg verbrachte Gewinne mit nicht einmal 0,1 Prozent versteuern. Die frühere Pepsi Bottling Group, die zum US-Getränkeriesen Pepsi-Co gehörte, hatte nach einer Reihe von konzerninternen Darlehen via Luxemburg ebenfalls eine signifikant niedrigere Steuerquote. Beide Konzerne nahmen dazu keine Stellung.

Dividenden verwandeln sich über Nacht in Zinsen – und sind so steuerfrei

Es ist beinahe schon ein Vergnügen, beim Lesen der Papiere zuzusehen, wie die reguläre Unternehmensteuer, die in Luxemburg bei rund 29 Prozent liegt, unter den kunstvollen Handgriffen der PwC-Leute zerbröckelt, bis kaum etwas übrig ist. Wohlgeordnet: legal. Es werden Schwester-gesellschaften erschaffen, Schuldscheine verschoben, und Dividenden verwandelt sich über Nacht in Zinsen und sind als solche: steuerfrei. Alles für sich rechtens, und doch Interpretationssache. Aber die PwC-Leute wussten ja, dass sie bei Marius

Großherzogtum Luxemburg

Einwohner: 550 000 Einwohner
 ▶ Deutschland: 81 Mio. Einwohner
 Pro-Kopf-Einkommen: 85 516 €
 ▶ Deutschland: 34 808 €
 Fläche: 2586 km²
 ▶ Landkreis Hannover: 2291 km²
 Banken: 147
 ▶ im Landkreis Hannover: 26

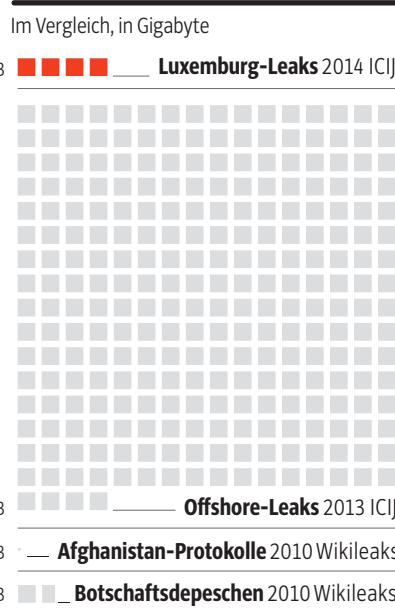


Weltweit die zweitwichtigste Steuerroase* nach der Schweiz

Luxemburg



Datenmenge des Leaks



Deutschland und das Leak

86 der rund 550 geleakten Dokumente haben Bezug zu Deutschland

Neben den Unterlagen zu Tochterfirmen von Eon, Deutscher Bank und Fresenius sind in den geleakten Papieren noch etliche Steuerdokumente mit deutschen Bezügen zu finden. Darunter Investments ausländischer Firmen und Fonds in Deutschland, aber auch eine ganze Reihe weiterer deutscher Firmen: etwa Banken, Private-Equity-Firmen, mittelständische Unternehmen oder Versorgungswerke von Ärztevereinigungen. Sie alle haben bei Luxemburger Behörden über die Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers nach steuerlichen Vorab-Entscheidungen angefragt. Ob im jeweiligen Konstrukt auch Steuern vermieden wurden, ist jedoch nicht in allen Fällen nachweisbar.

Die Profiteure

Diese Firmen haben über Ableger in Luxemburg Geschäfte gemacht – nachzuvollziehen in den ehemals geheimen Unterlagen, die auf www.icij.org einsehbar sind

amazon	accenture	BURBERRY
dyson	AIG	Coca-Cola
FRESENIUS	e-on	P&G
gsk	FedEx	vodafone
Heinz	BRITISH AMERICAN TOBACCO	STELLA ARTOIS
iTunes	IKEA	pepsi
	verizon	

Kohl nicht gegen eine Mauer laufen würden. In einer internen Kunden-Präsentation beschreiben die PwC-Berater Luxemburg als Ort mit „flexiblen Behörden“. Diese seien „leicht kontaktierbar“ und mit „Bereitschaft zum Dialog“. Die Verkörperung jener Behörden war Marius Kohl.

Vor einigen Wochen erklärte Kohl zwei Reportern des Wall Street Journals, wie er entschied, ob Lizenzgebühren angemessen waren, die ausländische Konzerne an ihre Luxemburger Töchter für „geistiges Eigentum“ bezahlten – um die Gewinne im eigenen Land zu senken: Marius Kohl steckte einen Finger in den Mund und hielt ihn hoch. „Es gab keinen Weg, das zu verifizieren“, sagte er laut den Reportern.

Um Lizenzgebühren geht es etwa bei Amazon. Der Internethändler steuert seine europäischen Geschäfte über Luxemburg. Die Dokumente zeigen, dass Amazons Europazentrale etwa im Jahr 2009 Lizenzgebühren von mehr als 519 Millionen Euro bezahlte. Diese Kosten machten die Gewinne zunichte, die der Konzern in Luxemburg hätte versteuern müssen. Zur gleichen Zeit verdiente eine andere Amazon-Tochter 519 Millionen Euro mit Lizenzgebühren – und diese Firma muss in Luxemburg keine Steuern zahlen. Amazon bestreitet, in Luxemburg eine steuerliche Sonderbehandlung zu bekommen.

Das Gesetz, das der Konstruktion Amazons zugrunde liegt, ist eine der wichtigsten Luxemburger Regelungen für Steuervermeider, nämlich die 80-prozentige Steuerbefreiung von Gewinnen aus geistigem Eigentum. Das Gesetz aus dem Jahr 2007 trägt die Unterschrift des damaligen Finanzministers Jean-Claude Juncker.

Juncker lehnte es auf wiederholte Anfrage ab, detaillierte Fragen im Zusammenhang mit Steuervermeidung via Luxemburg zu beantworten – egal ob persönlich, telefonisch oder schriftlich. So bleibt auch die Frage unbeantwortet, in welchem Ausmaß er von der freizügigen Praxis des Marius Kohl wusste. Aber nochmal: Das Wirken von „Mr. Ruling“ war im Großherzogtum

kein Geheimnis und seine Rolle dem Ex-Wirtschaftsminister Luxemburgs, Jean-Claude Juncker, ebenso geläufig wie Junckers Nachfolger als Premierminister, Xavier Bettel. Kohl selbst erklärte im Gespräch mit dem Wall Street Journal, keiner seiner Vorgesetzten im Finanzministerium habe ihn je kritisiert oder infrage gestellt. „Ich hatte nie Druck von oben“, wird Kohl zitiert, „ich hatte nie Probleme mit Juncker.“

Marius Kohl ließ eine Anfrage von NDR, WDR und SZ unbeantwortet. Auch PwC lehnte einen Kommentar zu einzelnen Vorgängen ab und ließ erklären, man halte sich stets an alle Gesetze. Bei den Papieren des Leaks handele es sich um „gestohlene“ Informationen, „deren Diebstahl in den Händen der zuständigen Behörden“ liege.

Die offizielle Sprachregelung in Luxemburg lautet derweil: Die Steuerregelungen Luxemburgs seien „europarechtlich einwandfrei“. Man wird sehen, was die EU-Untersuchung gegen Luxemburg ergibt.

Fest steht: Es gab noch nie eine derart große Einigkeit großer europäischer Staaten, gegen Steuerdumping vorzugehen. Und die EU hat bereits gehandelt und ein Steuerschlupfloch geschlossen. Früher konnten Tochtergesellschaften im Ausland Dividenden an ihre Konzernmütter schicken und von der Steuer absetzen. Die Muttergesellschaft jedoch musste diese Gewinne nicht versteuern. Das war ein bislang vollkommen legaler Weg, Profite an der Steuer vorbeizuschleusen.

Aber dieser sogenannte Mutter-Tochter-Trick war nur ein Baustein des Steuerwunderlands Luxemburg. Das Land hat längst neue Wege gefunden, Vermögen zu verstecken. Gerade wurde der „Freeport“ eröffnet, zur Party kam sogar Großherzog Henri. Der Freeport ist ein Gebäude mit Schließfächern neben dem Flughafen. Der Zoll schaut weg, daher auch: „Freihafen“. Freeports sind Lagerräume ohne staatliche Kontrolle – und ohne Steuern. Gewissermaßen ein magisches Niemandsland.

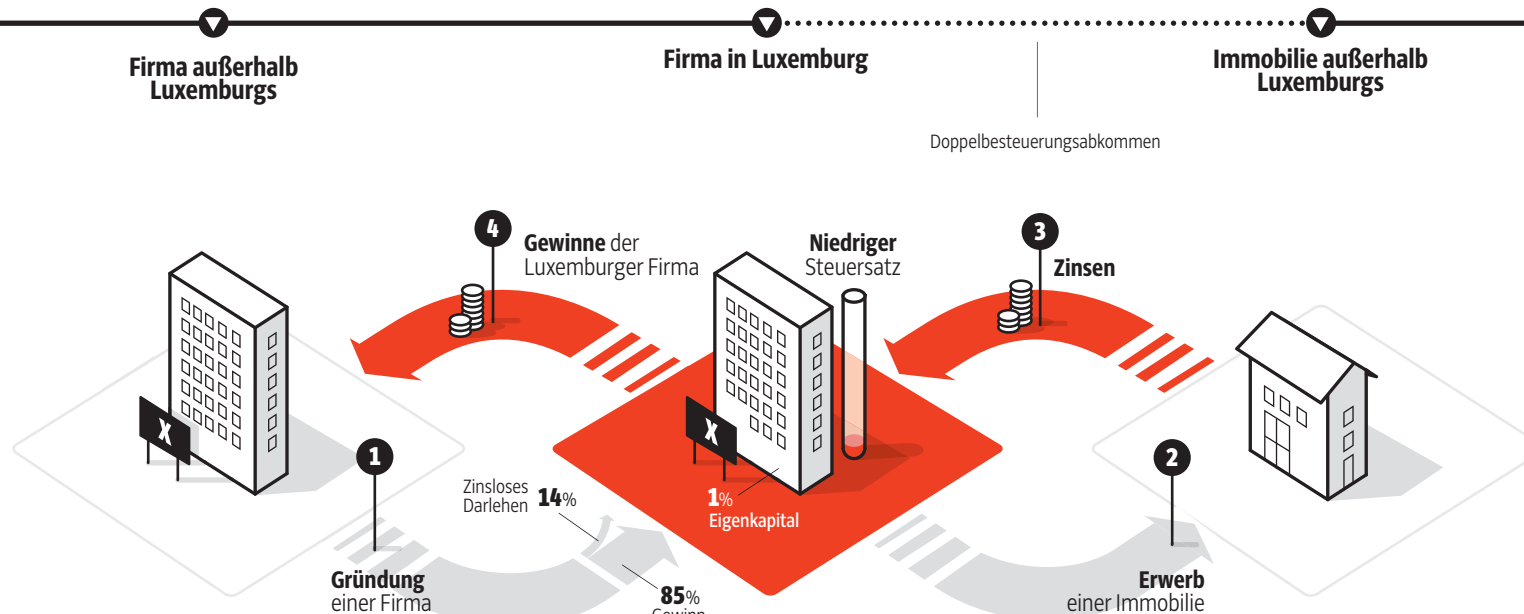
Mitarbeit: Kelly Carr, Julia Stein, Leslie Wayne

Konzerne Milliarden an Steuern vermeiden

Der Durchreiche-Trick

Eine Luxemburger Niederlassung dient als Durchgangsstation für Gewinne, damit am Ende kaum Steuern anfallen. Ein ähnliches Modell nutzte etwa die Immobiliensparte der Deutschen Bank.

- Ein Konzern X gründet eine Finanztochter in Luxemburg. Diese Gesellschaft füllt der Konzern über Darlehen mit Kapital. Der Kreditzins orientiert sich größtenteils am Gewinn der Tochter – das wird später noch wichtig.
- Die Finanztochter kauft Immobilien im europäischen Ausland. Dieser Kauf wird kreditfinanziert. Die Finanztochter reichert die eigenen Schulden an das gekaufte Objekt weiter, zu einem üppigen Zinssatz.
- Die Immobiliengesellschaft muss diese Zinsen nach Luxemburg überweisen. Der heimische Fiskus ist machtlos. Das regelt ein Doppelbesteuerungsabkommen – es geht davon aus, dass in Luxemburg keine Niedrigbesteuerung stattfindet.
- In Luxemburg werden die Gewinne aber kaum versteuert. Denn die Finanztochter kann wegen der Kreditstrukturen 85% des Profits an den Mutterkonzern weiterreichen – steuerfrei. Unter dem Strich werden die Gewinne mit weniger als 0,1% versteuert. Das Geld landet dann in anderen Steueroasen, in denen keine Abgaben mehr anfallen.

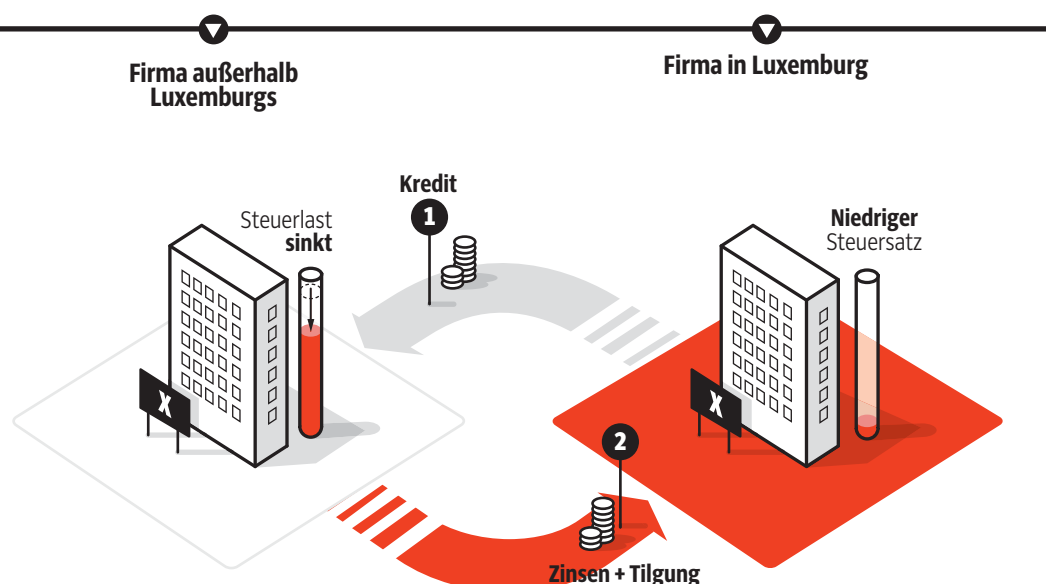


Recherche: Bastian Brinkmann, Christoph Giesen, Frederik Obermaier, Bastian Obermayer
Infografik: Hassán Al Mohtasib
Quellen: Tax Justice Network, ICJ, Wikileaks, CSS, IMF, Statistisches Landesamt Niedersachsen

Der Kredit-Trick

Der Konzern X gründet eine Finanztochter in Luxemburg. Diese agiert als hausinterne Bank und verschiebt so Gewinne aus europäischen Nachbarstaaten ins Großherzogtum. Die Einnahmen der Luxemburger Niederlassung können steuerfrei sein, wenn die Konstruktion geschickt genug aufgebaut ist.

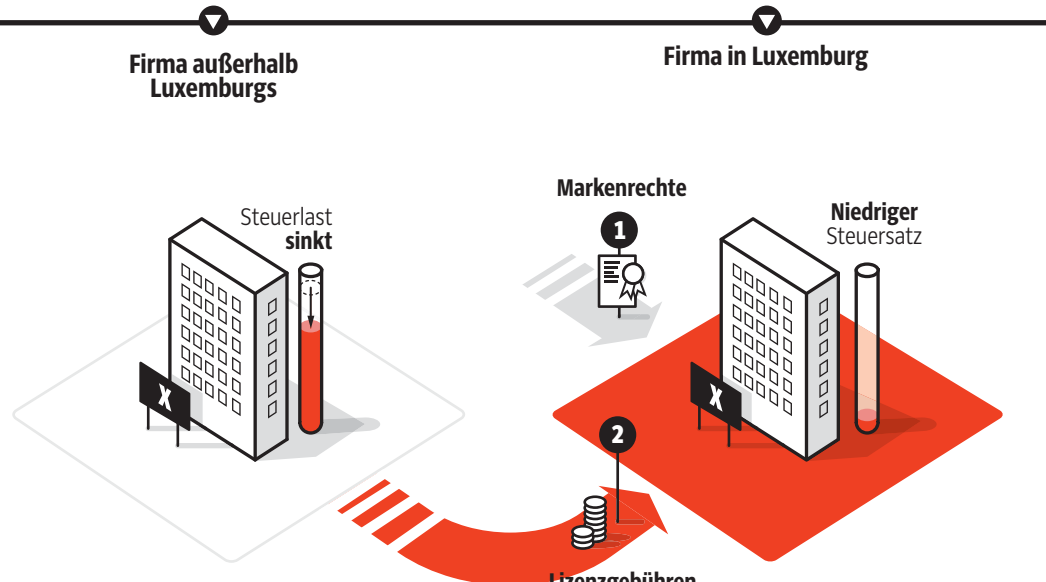
- Die Finanztochter in Luxemburg hat zwar keine oder kaum Angestellte – aber sie vergibt Kredite in Milliardenhöhe. Die Schulden belasten die profitablen Konzerntöchter im Ausland.
- Die Niederlassungen außerhalb Luxemburgs müssen den Milliardenkredit zurückzahlen. Obendrauf kommen Zinsen, die auch höher sein können als die Rate, die eine fremde Bank für den Kredit verlangt hätte.



Der Lizenz-Trick

Konzerntöchter in Deutschland müssen bezahlen, wenn sie den Markennamen des Unternehmens nutzen wollen. Das ist ein bisschen so, als ob ein Kind zur Kasse gebeten wird, damit es den gleichen Familiennamen wie die Eltern tragen darf.

- Der Konzern X verschiebt Markenrechte oder anders geistiges Eigentum in die Steueroase Luxemburg. Das können auch Softwarepatente sein.
- Die Schwesterfirmen im Ausland müssen Gebühren zahlen, weil sie logischerweise den Markennamen führen und die konzerninterne Software nutzen. Die Ausgaben können dreistellige Millionensummen im Jahr erreichen. So fließen Gewinne aus den Nachbarländern nach Luxemburg, wo der Konzern einen satten Steuerrabatt auf Tantieme bekommt: Profite werden mit nicht einmal 6% besteuert, während in Deutschland rund 30% fällig wären.



„Man muss das System zum Einsturz bringen“

Der Ex-Steuerfahnder Richard Brooks über die Oase Luxemburg

Richard Brooks, 49, war 16 Jahre Steuerfahnder in London mit dem Spezialgebiet Internationaler Besteuerung von Unternehmen. 2005 quittierte er seinen Dienst und arbeitet seither als Journalist für das Magazin *Private Eye* und als Autor von Büchern wie „Der große Steuerraub: Wie Großbritannien zur Steueroase wurde“. Brooks konnte eine Vielzahl der Dokumente des Luxemburg-Leaks einsehen.

SZ: Was war Ihr erster Gedanke, als Sie diese Dokumente vor sich hatten?

Richard Brooks: Ich dachte: phantastisch! Zum ersten Mal bekommen wir einen Einblick in die Vorgänge im Steuerparadies Luxemburg. Bisher konnte man nur die Spuren dessen entdecken, was dort vor sich geht: in den Bilanzen der Unternehmen. Man konnte die Ergebnisse sehen. Aber die Mechanismen selbst blieben verschwommen und auch die Verfahren, mit denen sie von Steuerbehörden in Luxemburg gebilligt werden. Das ist eine echte Enthüllung.

ein paar Jahren. Ich schätze, dass die anderen ähnlich vorgingen und es immer noch tun. Wir sehen also nur einen Ausschnitt von dem, was in Wirklichkeit vor sich geht. Aber wenn die Dokumente repräsentativ sind, haben wir es mit einer gewaltigen Summe zu tun, die jedes Jahr durch diese Steueroase geschleust wird. Das können Hunderte Milliarden sein.

Nun hat die EU-Kommission einen neuen Präsidenten: Jean-Claude Juncker, Ex-Premierminister von Luxemburg. . . Juncker hat Luxemburg als das erschaffen, was es heute ist: ein Steuerparadies! Das ist der Gipfel der Ironie – wenn man bedenkt, dass die EU angeblich härter durchgreifen möchte. In den nächsten Jahren wird das zu einem großen Konflikt führen. Denn wenn man Luxemburg zu Reformen zwingen will, muss man das System zum Einsturz bringen, dem Juncker über Jahre hinweg vorgestanden hat.

Was sollte getan werden?

Totale Transparenz, damit wir alle wissen, was vor sich geht. Das steht an erster Stelle. Denn mit dem Steuerwesen ist es wie bei einem Eimer: Du brauchst nur ein Loch, und schon ist der Eimer nutzlos. Und im Moment gibt es Hunderte Löcher, und jeder versucht sie zu stopfen. Das wird aber nicht funktionieren. Man muss das System grundlegend reformieren. Fürs Erste sollten alle dringend darauf schauen, was da vor unseren Augen geschieht. Und hoffen, dass die Macht der Enthüllung eine abschreckende Wirkung hat.

Aber wird das Luxemburg zur Einsicht bringen?

Die Luxemburger Strukturen werden nicht von heute auf morgen verschwinden. Was es dafür braucht, ist massiver politischer Druck auf die Regierung.

INTERVIEW: M. KNUS UND M. RISEL

VON CERSTIN GAMMELIN

Sieht so ein Sieger aus? Steifbeinig und müde strebt Jean-Claude Juncker am 23. Oktober um 23.08 Uhr über den roten Teppich des Ratsgebäudes dem Dienstwagen zu. Es ist Gipfel in Brüssel; Junckers erste Gelegenheit, als vollumfänglich gewählter Präsident der Europäischen Kommission mit den Staatspräsidenten, Premierministern und Kanzlern der Europäischen Union den Sieg zu feiern. Doch Juncker geht früher. Am Tag zuvor hatte der Behördenchef in Straßburg vor Journalisten gegessen. Und seine Vergangenheit verteidigen müssen: „Sie waren viele Jahre Ministerpräsident von Luxemburg. Jetzt sind Sie Präsident der Europäischen Kommission. Diese Kommission hat Ermittlungen eingeleitet gegen das Steuerparadies Luxemburg. Ermittelt also jetzt Juncker gegen Juncker?“ Juncker will davon nichts wissen.

Unausgesprochen schwingt in der Frage der große Zweifel mit: Kann Juncker Kommissionschef? Jener Juncker, der 24 Jahre lang, zuerst als Finanzminister, dann in Personalunion als Premierminister Luxemburgs und Vorsitzender der einflussreichen Euro-Gruppe, europäische Steuer- und Unternehmensgesetze beschließen und im eigenen Land derart kreativ hat auslegen lassen, dass die Wettbewerbsabteilung der EU-Kommission wegen absehbarer Schäden an ihrer Glaubwürdigkeit nicht mehr anders konnte, als gegen Luxemburg wegen des Verdachts auf Verletzung europäischen Beihilferechts vorzugehen? Und zwar in der Zeit, in der Juncker dort regierte. Ist das nicht ein Interessenkonflikt zwischen Juncker in Luxemburg und Juncker in Brüssel?

In Brüssel gibt es Weggefährten, die sich über solche Fragen wundern. „Juncker hat es schon immer doppelt gegeben“, sagt einer der Wegbegleiter. Einen für Europa, einen für Luxemburg. Kein Spitzenpolitiker nimmt Anstoß daran, Juncker ist beliebt, er baut die Euro-Währungsgemeinschaft auf.

schaft und das Finanzdrehkreuz Luxemburg auf.

Der christsoziale Regierungschef tut, was er kann. 1988, im Jahr vor seinem Antritt als Finanzminister, verwalteten Luxemburger Fonds 53 Milliarden Euro Nettovermögen. Zum Ende seiner Amtszeit als Premierminister waren es etwa 3000 Milliarden Euro. Die Investmentgesellschaften balgen sich nicht um Luxemburger Kunden, sondern steuern weltweit Finanzgeschäfte. Vor den Fonds waren die Banken gekommen, vor allem deutsche Institute ziehen wegen der Mindestvorschriften ins Ausland. Das Großherzogtum lockt mit günstigen Bedingungen, die unter Juncker stabil bleiben. Der Direktor der Luxemburger Bankenvereinigung, Jean-Jacques Rommes, räumt 2009 ein, die Regierung könne gut „zuhören“. Die Wege zwischen

Warum wirbt Juncker für eine Steuer auf Finanzgeschäfte? Weil sie sowieso nicht kommt

Politik und Wirtschaft seien „kurz“. In den Neunzigerjahren lässt Juncker eine europäische Finanzmarkttrichtlinie zügiger als alle anderen Länder umsetzen – der legislative Vorsprung genügt, um wichtige globale Investoren ins Land zu holen. 2009 schafft er es, die OECD davon abzubringen, das Großherzogtum auf eine schwarze Liste zu setzen, die Regierungen brandmarkt, die keine Steuerinformationen preisgeben und Steuerflüchtlingen Unterschlupf bieten. Luxemburg weigert sich bis heute, Finanzgeschäfte zu besteuern. Juncker wirbt als Euro-Gruppen-Chef dafür, Banken an den Kosten der Krise zu beteiligen und die Umsatzsteuer auf Finanzgeschäfte einzuführen. Als Premier stimmt er im Europäischen Rat dagegen. Als Ernst Wilhelm Contzen, Chef der Deutschen Bank in Luxemburg, irritiert fragt, wieso er gelegentlich für die Finanztransaktionssteuer werbe, antwortet Juncker, für die Steuer könne er kämpfen, sie komme sowieso nicht. Stattdessen kommen Banker, Fondsmanager, Rechtsanwälte, Steuerexperten, Unternehmensberater. Juncker hat moralische Bedenken stets weggewischt mit Ironie, Sozialleistungen (Luxemburg zahlt den höchsten Mindestlohn in Europa) und Loyalität. Er sah Politiker kommen und gehen; er schwieg über vieles, was er sah. Er vermittelte zwischen Bonn, später Berlin und Paris. Bundeskanzlerin Angela Merkel nannte ihn einen „Glücksfall für Europa“; die Volksrepublik China sieht das, wenn auch aus anderem Grund, ähnlich, sie hat Luxemburg als Bankenplatz auserkoren, von dem aus sie auf Einkaufstour in Europa geht. Ebenso wie islamische Investmentgesellschaften.

Juncker hat das Großherzogtum zu einem der größten Finanzzentren weltweit gemacht. Jetzt ist er Präsident der Europäischen Kommission, die gegen aggressive Steuervermeider vorgehen und Banken an den Kosten der Krise zu beteiligen will. Die Bürger mögen es nicht, dass Konzerne kaum Steuern zahlen und sie selbst auf Sozialleistungen verzichten sollen. Juncker wird im Dezember 60 Jahre alt. Schafft er es, sich der Zeit anzupassen? Vor einem Jahr hat er erfahren müssen, wie es sein kann, wenn die Stimmung kippt. In Luxemburg organisiert die politische Konkurrenz eine Koalition gegen ihn; Juncker muss nach fast 19 Jahren als Regierungschef abtreten.

Juncker gegen Juncker

Es habe ihn „schon immer doppelt gegeben“, sagen Weggefährten. Nun ist Luxemburgs langjähriger Premierminister Präsident der Europäischen Kommission – und müsste gegen sich selbst ermitteln lassen

„Unser Land ändert sich“, sagt sein Nachfolger Xavier Bettel. „Vor 15 oder 20 Jahren gab es Betriebe in Luxemburg, die hätten da am liebsten nur diskret einen Briefkasten gehabt, sonst nichts.“ Damals, unter Juncker, „Heutzutage“, legt Bettel nach, „sind Betriebe, die nach Luxemburg umziehen, solche, die es groß ankündigen und sagen, wir sind in Luxemburg.“

Ein Verfahren läuft bereits: Das Land könnte gegen EU-Recht verstoßen haben

Juncker hat offensichtlich keine Lust, dem neuen Zeitgeist einfach zu folgen. Er versucht, in Straßburg die Frage des Reporters nach Juncker gegen Juncker ins Leere laufen lassen. Das Ermittlungsverfahren sei nicht gegen das „Steuerparadies Luxemburg“ eingeleitet, sondern gegen Luxemburg, bittet er den Frager um „präzisere Wortwahl“. Zweitens: „Juncker ermittelt nicht gegen Juncker. Weil Juncker weder für das eine zuständig ist noch für das andere“, sondern andere Dienststellen. Ansonsten: „Wenn es um Luxemburg geht in Wettbewerbsfragen oder Steuerfragen, werde ich keinen Einfluss auf die Geschehnisse nehmen. Ich werde nicht meine Macht missbrauchen, um in Sachen Luxemburg die Kommissare anders entscheiden zu lassen, als sie in ähnlich gelagerten Fällen entscheiden würden, es geht ja nicht nur um Luxemburg, sondern auch um benachbarte Steuerparadiese.“ Ist Luxemburg also doch ein Steuerparadies?

Premierminister Bettel treibt bei solchen Worten die Sorge um, „dass Juncker zu uns strenger ist als zu anderen“. EU-Par-

lamentspräsident Martin Schulz sorgt sich dagegen, dass sich da einer aus seiner Verantwortung redet. „In aller Freundschaft“, stellt er im Anschluss an Junckers „Ich-bin-nicht-zuständig“-Aussage klar, wozu er sich verpflichtet sieht: „Ich werde den Kommissionspräsidenten Juncker nicht aus der Verantwortung entlassen.“ Juncker habe im Europaparlament zugesichert, „das Land eines Unternehmens muss auch das Land der Steuer sein“. Aus dieser Zusage folge, dass Juncker konkrete Gesetzesvorschläge „hinsichtlich des Bilanzrechts in Europa“ vorlegen müsse: „Es kann nicht sein, dass multinationale Konzerne Milliarden in einem Land machen, aber wegen ihrer Sitzstruktur keine Steuern zahlen. Dazu hat er sich verpflichtet; daraus werden wir ihn nicht entlassen.“

Die Zukunft ist das eine, die Vergangenheit das andere. Letztere, konkret das im Juni 2014 von der Europäischen Kommission angestregte Rechtsverletzungsverfahren gegen Luxemburg, kann Juncker die Zukunft verhalten. Es besteht der Verdacht, dass Luxemburg unter seiner Regentschaft nicht nur legale Schlupflöcher weidlich ausnützte – wie andere Staaten, auch Deutschland. Sondern dass Luxemburg mit seiner Praxis, über Steuervorentscheidungen einzelnen Unternehmen Vorteile zu verschaffen, gegen EU-Beihilferecht verstoßen haben könnte. Erschwerend kommt hinzu: Das Großherzogtum hat lange jegliche Auskunft darüber verweigert. Wie lange? Der Sprecher von Wettbewerbskommissar Joaquín Almunia, der das Verfahren gegen Luxemburg aufnahm, sagt, die Zusammenarbeit habe sich „in den letzten Monaten sehr deutlich verbessert“. Im Sommer 2014 seien Informati-

onen geliefert worden, insbesondere über das Unternehmen Amazon, das womöglich regelwidrig zu wenig Steuern zahlt. Im Sommer 2014: als Bettel regiert. Brüssel hatte die Informationen im Juni 2013 angefordert, nochmals im November 2013. Regierungszeit Juncker. Aber weil Luxemburgs Behörden schweigen, platzt Almunia der Kragen. Er leitet das Verfahren ein.

Juncker weg, Bettel da, wandelt sich das Land? Mitnichten. Die Kommission habe, sagt der Sprecher, noch längst nicht alle Informationen erhalten: „Das Rechtsverletzungsverfahren läuft also weiter.“ Das heißt, Kommissionschef Juncker muss seine Wettbewerbschützer gegen Luxemburg wegen möglicher Vertragsverletzungen ermitteln lassen, die in die Zeit des Premierministers Juncker fallen.

Wird er das durchziehen? „Ich bin nicht sein Anwalt, aber warum sollte er das nicht tun?“ springt Bettel dem Vorgänger bei. Juncker schweigt. Bezüglich seiner Heimat hat er lediglich angekündigt, ihr privat treu zu bleiben. Trotz des Amtes in Brüssel will er weiter dort wohnen – und pendeln, was die Brüsseler Entourage verwundert. Dass Juncker oft müde erscheint, wie am Abend des EU-Gipfels, führen Weggefährten oft auf den Autounfall aus dem Jahr 1989 zurück, seither leide er an „Rücken- und Kniebeschwerden“. Sollten die schlimmer werden, hat er vorgesorgt. Ein Stellvertreter ist bevollmächtigt zu übernehmen, sollte Juncker „physisch und/oder psychisch“ nicht anwesend sein. Die EU-Kommission muss funktionieren. Auch wenn der Chef mal früher geht.

Mehr zum Leak

Am Freitag im Wirtschaftsteil der SZ: die zweite Folge der Luxemburg-Leaks, unter anderem über die Deutsche Bank. Auf SZ.de/LuxLeaks finden Sie Originaldokumente und ein Erklärvideo.